

Kiel, 10.05.2007

**Landtag
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

TOP 17 - Aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform (Drucksache 16/1361)

Birgit Herdejürgen:

Unternehmenssteuer reformieren, Steuerschlupflöcher schließen

Da sich in der inhaltlichen Bewertung seit der vergangenen Tagung bei den einzelnen Fraktionen dieses Hauses vermutlich nichts verändert hat, wäre ich dankbar gewesen, wenn wir aus arbeitsökonomischen Gründen auf eine der beiden Befassungen hätten verzichten können. Tatsächlich bleibt mir auch angesichts des nun vorliegenden Antrags des SSW zur Unternehmenssteuerreform lediglich, die Punkte und Positionen zu wiederholen, die auch schon Ende März Gegenstand der Debatte waren.

„Der Bund wird unterstützt, die Unternehmensbesteuerung so zu reformieren, dass für die Besteuerung im europäischen Raum eine vergleichbare Bemessungsgrundlage entsteht. Eine Senkung von Unternehmensteuersätzen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit und zu Gunsten der kleinen und mittleren Unternehmen kann es nur geben, wenn diese Einnahmeausfälle durch die Schließung von Steuerschlupflöchern mindestens kompensiert werden.“ Dies ist die Formulierung im Koalitionsvertrag und es gibt aus Sicht der SPD-Landtagsfraktion keinen Anlass, davon abzuweichen. Wir **unterstützen im Grundsatz eine Unternehmenssteuerreform, die zu einer noch besseren Positionierung Deutschlands im internationalen Steuervergleich führt**. Wir wollen eine Stabilisierung der Gewerbesteuererinnahmen erreichen und Spielräume reduzieren, sich der Gewinnbesteuerung zu entziehen.

Wir haben gestern sehr deutlich gemacht, dass die nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushalts oberste Priorität hat. Dies ist nur zu erreichen, wenn wir uns sowohl auf der Ausgaben- wie auf der Einnahmeseite innerhalb der von uns selbst gesetzten, aber doch sehr eng gefassten Spielräume bewegen. Deswegen sagen wir „ja“ zur Reform und wir sagen „ja“ zur **Aufkommensneutralität**. Aber gerade dieser Begriff beinhaltet Interpretationsspielräume:

- Über welchen Zeitraum sprechen wir?
- Von welcher Basis gehen wir aus?

Über die Verlässlichkeit von Prognosen habe ich bereits in der letzten Tagung gesprochen. Wer glaubt, von jetzt auf gleich und punktgenau eine Reform mit so umfassenden Änderungen umsetzen zu können mit einem sicheren Ergebnis von +/- Null und dies zur Bedingung macht für die Zustimmung zu dem Gesetzespaket, verkennt die Komplexität des Vorhabens. Tatsächlich **umfasst die Gegenfinanzierung der Reform, wie sie auf Bundesebene zwischen den Koalitionspartnern verabredet wurde, ein Maßnahmenpaket, das auf unterschiedlichsten Komponenten basiert.**

Es gibt innerhalb der Koalition noch Diskussionsbedarf zu einzelnen Punkten. Es gibt auch Prüfbedarf, beispielsweise zu den Vorannahmen, die dem Reformpaket zu Grunde liegen. Auch werden wir genau hinsehen, wenn es darum geht, welche Gebietskörperschaft von welcher der Maßnahmen profitiert. Hier ist von unterschiedlichen Effekten auf die Haushalte von Kommunen, Ländern und Bundesebene auszugehen.

Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit ist oberstes und wichtigstes Prinzip unserer Politik. **Gerechtigkeit und Innovation, die Leistungsfähigkeit der Unternehmen und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte sind die entscheidenden Eckpunkte sozialdemokratischer Steuer- und Finanzpolitik.** An ihnen muss sich die anstehende Unternehmenssteuerreform orientieren.

Dem Antrag des SSW in seiner Absolutheit können wir nicht zustimmen.